

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

15.8.1924 (No. 189)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontonr.
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. G.
E. H. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegenheiten sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Konsulat der Vereinigten Staaten von Amerika

Anstelle des von seinem Posten abberufenen Herrn Maxwell E. Moorhead ist Herr John E. Kehl zum Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannt worden. Derselbe wurde zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden vorläufig zugelassen.

Gleichzeitig ist der Vizekonsul bei dem Konsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannte Herr A. Dana Hodgdon zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden vorläufig zugelassen worden.

Wirtschaftliche Umschau

Die in London wegen der Räumung des Ruhrgebietes entstandene ernste Krise ist noch nicht behoben. Frankreich besteht, offenbar in der Hauptsache aus Prestigegründen, auf seiner Forderung, daß das Ruhrgebiet militärisch erst innerhalb eines Jahres geräumt werden solle, während die deutsche Forderung die ist, daß wirtschaftliche und militärische Räumung gleichzeitig erfolgen. Dabei hat sich Herriot allerdings zu Zugeständnissen entschlossen: daß die Räumungsfrist noch die Ausnahmebestimmung sein soll, daß die besetzten „Flaschenhälften“ u. a. die badischen Gebiete sofort geräumt werden sollen und daß auf die Befreiung der französisch-belgischen Eisenbahnen im Ruhrgebiet verzichtet wird.

Noch eine andere in London erörterte wichtige Frage, die künftige Gestaltung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, die schon deshalb auch für Baden von großer Bedeutung ist, weil nach dem Versailler Vertrag noch die Ausnahmebestimmungen zugunsten der Einfuhr elsass-lothringischer Produkte bestehen, muß unsere besondere Aufmerksamkeit beanspruchen, wenn sie auch nach den letzten Meldungen einer vorläufigen Vertagung dadurch verfiel, daß nach einem jetzt in London zustande gekommenen Abkommen, darüber später besondere Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich erfolgen sollen. Was bisher Frankreich verlangte, war für Deutschland unannehmbar: Fortdauer der vorbehaltlosen, einseitigen Meistbegünstigung durch Deutschland, Verlängerung der Zollfreiheit für elsass-lothringische Produkte ohne Gegenseitigkeit, also Offenbleiben des Landes im Westen, ähnliche Vergünstigung für das Saargebiet, Fortsetzung der deutschen Sachlieferungen, französische Beteiligung am rheinisch-westfälischen Bergbau. Übrigens hat auch England, wie aus englischen Pressestimmen bereits hervorgeht, am Nichtzustandekommen einer solchen Abmachung durch die Deutschland unter französischer Führung und Abhängigkeit in den schwierigsten wirtschaftspolitischen Gegensatz zu England käme, das größte Interesse. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die neuerliche Wiederheraufbebung der Abgabe für Deutsche nach England einzuführende Waren von 6 auf 26 Prozent bereits als englischer Gegenschlag aufzufassen ist, zumal erklärt wird, daß die Maßnahme mit den kommenden deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen in Zusammenhang stehe.

Daß wir weiterhin mitten in der schwersten Wirtschaftskrise stehen, beweisen nicht nur die Berichte aus den verschiedenen Industriezweigen — nur hier und da wird günstigeres gemeldet — sondern auch was Baden anlangt, die amtlichen Mitteilungen über die Lage des Arbeitsmarktes. Fast überall Stilllegungen und Kurzarbeit. Nur wenige Industrien wie die chemische und Lederindustrie — neuerdings sind auch Verbesserungen in der Textilindustrie zu verzeichnen — sind davon ausgenommen, während gerade die für Baden so wichtigen Großindustrien, wie die Metall-, Holz-, Papier-, und Tabakindustrie, Schmutzwaren- und Uhrenindustrie schwer unter Abgang und Kapitalmangel leiden. Wenn sich auch der Kreditmarkt leicht gebessert hat, so zeigen uns doch die zaghafte Vergabe der Bankgelder, die hohen Zinsen und die schweren Bedingungen, wie weit wir noch vom besseren Fahrwasser entfernt sind.

Auch wenn nach Abschluß der Londoner Verhandlungen ausländische Privatkredite in größerem Umfang nach Deutschland gelangen sollten, wird noch viel zu tun sein. Vor allen Dingen wird es sich darum handeln müssen, die deutschen Preise für Exportartikel nicht nur auf den

Stand zu bringen, welche ausländische Artikel in Deutschland haben würden, sondern noch niedrigere Preise festzusetzen, mit denen wir im Ausland selbst konkurrieren können. Vorbedingung ist ebenso eine Rationalisierung des inneren Betriebs unserer Produktionsstellen, wie der Abschluß von Handelsverträgen, durch den die weltwirtschaftlichen Beziehungen wieder angeknüpft und Möglichkeiten zum Absatz wieder geschaffen werden müssen. Was den Abbau der Belastung der Produktion innerhalb Deutschlands anlangt, so sind zwar zwei wichtige, aber leider noch nicht endgültige Beschlüsse gefaßt. Der Reichswirtschaftsrat hat die Herabsetzung der Gültertarife befürwortet und die Reichseisenbahnverwaltung hat eine Nachprüfung zugesagt. Ferner hat der Reichsrat die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent beschlossen, die jedoch noch der Reichstag bewilligen muß.

Was die Frage der Eisenbahngültertarife anlangt, so hat sich erst neuerdings wieder der Verband Südwestdeutscher Industrieller im Interesse der Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit der badischen und südwestdeutschen Industrie für die Aufrechterhaltung der Seehafenausnahmetarife, der Wasserumschlagtarife und der Staffeltarife ausgesprochen, ferner für die Einführung weiterer Seehafenausnahmetarife, von Ausnahmetarifen zur Ausfuhr über die trodene Grenze und für die Ausdehnung der Wasserumschlagtarife auf weitere Warengruppen. Als dringend nötig wurde weiter überhaupt der allgemeine Tarifabbau bezeichnet, der sich nicht nur auf die Normalfrachttarife beschränken dürfe, sondern in gleichem Maße den zugehörigen Ausnahmetarifen zugute kommen müsse.

In Bezug auf die Seehafenausnahmetarife hat die badische Vinnenschiffahrt ihre besonderen Forderungen. Sie verlangt einen Ausgleich der Vinnenschiffahrt schädigenden Wirkungen mit der Begründung, daß der Rhein noch mehr als die Seehäfen gelitten habe und dem Hinweis, daß Getreidetransporte Hamburg-Konstanz zurzeit billiger sein als von Mannheim.

Verschiedene Blätter bringen jetzt in der Aufwertungsfrage Artikel, in denen den Ansichten zugestimmt wird, welche die Vertreter der Industrie und der Banken vor dem Reichstagsauschuß vorgebracht hatten, daß es nämlich am besten bei der dritten Steuernotverordnung bleibe. Währenddessen sind die Ansichten in den politischen Parteien nach wie vor geteilt. Es ergibt sich der merkwürdige Situation, daß außer diesen Vertretern der Wirtschaft nur Sozialdemokraten und Kommunisten hierin der Regierung folgen, während die Rechtsparteien, die allerdings bei den Wahlen sehr viel versprochen hatten, einigermassen in Verlegenheit sind, wie sie aus dem Dilemma herauskommen sollen, da es ja gerade Anhänger dieser Parteien waren, die vor der Reichstagskommission einen solchen Verordnungen entgegengekehrten Standpunkt eingenommen haben.

So bringt die rechtsstehende „Berliner Börsenzeitung“ jetzt eine Zuschrift, welche den Standpunkt der Wirtschaft vertritt, daß eine neuerliche Aufrollung der Aufwertungsfrage unterbleiben möge, „da vor allem eine Stabilisierung der Gesetzgebung nottue“. Es ist so rechter Hand, linker Hand verschiedenes verkauft, weil eben Interessen in Frage kommen. In dem Artikel wird beispielsweise dem Hausbesitz vorgeworfen, daß er eine höhere Aufwertung zugestehen wolle, aber nur unter der Voraussetzung der freien Miete (die man ja rechts fordert!), „d. h. die Allgemeinheit soll die Kosten der Aufwertung der städtischen Hypotheken aufbringen.“ Der gleiche Artikel hält andererseits eine Aufwertung der Anleihen der Gemeinden für möglich, falls mit Hilfe dieser Anleihen Dauerwerte geschaffen würden, während er gegen eine Anwendung dieses Grundgesetzes auf die Industrie erhebliche Bedenken hat, „da das Sachverständigengutachten in einem wesentlichen Teil auf dem Anteil der deutschen Industrie fußt, den sie durch die Abstoßung ihrer Schulden davongetragen hat. Eine Änderung der Aufwertungsquote würde uns von dem Feindbund der Vorwurf der Sabotage des Gutachtens zuziehen.“ Beachtenswert sind andere in dem Artikel erhobene Einwendungen, vor allem die, daß die durch die Geldentwertung am meisten Geschädigten, die Kreise, welche eine Hilfe durch die Aufwertung am notwendigsten bräuchten, schon längst ihre Hypotheken und Anleihen abgeschlossen haben, weil sie den Erlös für ihren Lebensunterhalt dringend brauchen, während nur noch solche Kreise im Besitz solcher Werte sind, für die in immerhin in einem gewissen Umfang die Möglichkeit des Durchhaltens bestanden haben müsse. Auch ist die Einwendung nicht von der Hand zu weisen,

daß, als der Dollar auf 50, 100, 200 gestiegen war, als die Mark nur mehr den 50. Teil ihres Wertes hatte, noch niemand an Aufwertung gedacht habe und sich viele mit der Entwertung ihres Vermögens abgefunden hätten, die heutzutage durch die dritte Steuernotverordnung bedeutend mehr, nämlich 15 Prozent erhalten.

Das was von vornherein feststand, daß jede Regelung der Aufwertung Stückwerk bleiben muß, wird, je weiter die Debatte geht, zwar bestätigt, aber die Forderung bleibt trotz alledem zu Recht, daß der leistungsfähige Schuldner auch bezahlen möge und kann. Das Unheil, das die Inflation angerichtet hat, wird ja nie völlig wieder gutzumachen sein, aber trotzdem wird alles daran gesetzt werden müssen, zu tun, was möglich ist. Daß alle diese Möglichkeiten in der dritten Steuernotverordnung erschöpft sein sollen, muß bezweifelt werden.

Die Krise in London

Noch keine Einigung in der Räumungsfrage

Die erhoffte Vermittlung Englands und Amerikas in der Räumungsfrage ist am Donnerstag ausgeblieben und es bleibt eine eventuelle Einigung weiteren Sonderkonferenzen zwischen Deutschland einerseits und Frankreich, Belgien andererseits überlassen. Macdonald und Kellogg haben der deutschen Delegation erklärt, daß sie zwar ihre Meinung über die Aufwertung sachlich nicht ändern, aber überzeugt seien, daß Herriot aus innerpolitischen Gründen nicht anders handeln könne, als er tue. Macdonald und Kellogg redeten deshalb der deutschen Delegation zu, Herriots These anzunehmen, jedoch seien dabei Einzelheiten abzuändern. Herriot verlangt ein Jahr Frist für die Räumung und datiert von dem Tage der Ratifizierung des Londoner Vertrags, die in den nächsten Tagen stattfinden könne. Er gesteht bisher keine Räumung in Etappen zu, erklärte jedoch, daß die Gebiete wie Mannheim, Karlsruhe, Offenburg und andere sogenannte Flaschenhälften sofort geräumt werden sollen, sowie daß eine Reduzierung der Truppen in Aussicht genommen sei. Die Frist eines Jahres soll Maximum sein, das heißt der äußerste Termin, bis zu welchem die Total-Räumung vollzogen sein muß. Weiter will Frankreich auf die Befreiung der französisch-belgischen Eisenbahnen im Ruhrgebiet verzichten — nur Genietruppen sollen bereitgehalten werden. Herriot erklärte, man müsse ihm vertrauen, daß er loyal handeln werde. Deutscherseits jedoch hat man keine Garantie dafür, wie lange er am Ruder bleibt.

Die deutsche Delegation ist in wohl erheblich schwierigerer Lage als Herriot. Sie konnte nicht zustimmen und hat sich mit Berlin und den Parteien in Verbindung gesetzt.

Angebote sofortiger Räumung der badischen Gebiete
Paris, 15. Aug. Nach dem Sonderberichterstatter des Herriot naheliegenden „Quotidien“ in London äußerte Herriot gestern im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Räumung des Ruhrgebietes, die Räumungsfrage sei sozusagen der Nagel, an dem die ganze Konferenz hänge. Gebe der Nagel nach, so werde Alles zusammenbrechen, und es werde mit dem Sachverständigenplan zu Ende sein, gebe er nicht nach, so sei Alles gerettet und der Erfolg der Konferenz gesichert.

Herriot habe dem Reichskanzler Marx erklärt: „Ihre Sache ist es, den ersten Schritt zu tun. Mein Räumungsplan gibt keinen Anlaß zum Feilschen, und Sie müssen ihn annehmen. Wenn Sie ihn jedoch angenommen haben, so werde ich mich erinnern, daß es sich tatsächlich um eine Maximum-Frist handelt, von der ich Ihnen gesprochen habe. Ich werde dann eine Geste vollziehen, die den Beweis liefern wird, daß ich nicht die Absicht hatte, Sie zu täuschen!“ — Diese geheimnisvollen Worte glaubt der Berichterstatter wie folgt erklären zu können. Sobald die deutsche Delegation den französischen und belgischen Ministern offiziell ihre Annahme mitgeteilt habe, würden diese eine Erklärung veröffentlichen, in der sie sich verpflichten, das Ruhrgebiet in höchstens einem Jahr zu räumen, wenn der Sachverständigenplan von Deutschland fortgesetzt werde. Die französische Regierung werde, wenn nicht sofort, so doch zum Mindesten in aller Kürze mitteilen, daß sie ihren Beschluß ausführen werde, der jetzt bereits gefaßt sei, daß sie nämlich die Dörfer in der Umgebung von Karlsruhe, Mannheim und Offenburg, den sogenannten Flaschenhälften, räumen würde.

Der Berichterstatter fügt hinzu, der Nagel habe nicht nachgegeben. Schon jetzt könne man sagen, daß die Konferenz mit einem Abkommen zwischen den Alliierten und Deutschen abschließen werde, und daß dies den ersten Schritt zum Wiederaufbau Europas durch eine Politik der Verständigung und des internationalen Zusammenwirkens darstelle.

Ministerrat in Berlin

Berlin, 15. Aug. Gestern vormittag 7.30 Uhr fand in der Reichskanzlei ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten statt. Zur Verhandlung kam die durch die

gestrigen Verhandlungen zwischen den deutschen, französischen und belgischen Delegierten über die Frage der militärischen Räumung der vertragswidrig besetzten Gebiete entstandene Lage. Der Ministerrat erklärte sich mit der Stellungnahme der deutschen Delegation im vollen Umfange einverstanden.

Die Blätter bemerken, daß die deutsche Delegation nach wie vor daran festhalten wird, daß eine möglichst kurze Räumungsfrist für die widerrechtlich besetzten Gebiete eintritt. Zu dieser Forderung ist Deutschland moralisch sowohl wie rechtlich in vollem Maße berechtigt. Auch der Dawesplan hat die Berechtigung dieser Forderung anerkannt. Die deutsche Regierung ist außerdem im Hinblick auf die ungeheure Not der Bevölkerung der besetzten Gebiete verpflichtet, fest zu bleiben, um die Bevölkerung von dem unhaltbaren unerträglichen Druck zu befreien. Die deutsche Delegation wird darüber hinaus ihre Anstrengungen darauf richten, bis zur erfolgten Räumung Milderungen der Besatzungslasten zu erzielen und dabei besonders auf die ungeheuren Druckmittel hinzuweisen, die gerade jetzt die Unterorgane der Besatzung der Bevölkerung gegenüber anwenden.

Wie das „Berl. Tageblatt“ mitteilt, findet heute früh eine Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern statt, in welcher der bisherige Verlauf der Londoner Konferenz und insbesondere die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes erörtert werden. Das Ergebnis dieser Aussprache soll den deutschen Delegierten in London sofort übermittelt werden.

Die Militärkontrolle

W.D. Paris, 15. Aug. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß der englische Premierminister die Initiative zu einem schriftlichen Schritt bei Deutschland in der Frage der Militärkontrolle bereits ergriffen habe. Der Brief Macdonalds sei schon in den Händen des Generals Nollet. Er verlange, daß die deutsche Regierung in kürzester Frist die fünf Kategorien von Kontrollmaßnahmen zu unterzeichnen habe, die in der Note der Vorkonferenz vom 5. März vorgesehen seien, und andererseits ohne Erklärung die Kontrollgänge der Interalliierten Kommission durchzuführen zu lassen, die diese für notwendig halte. Macdonald fügt hinzu, daß von der vollständigen Innehaltung dieser Verpflichtungen seitens Deutschlands die Entscheidung über die militärische Räumung der Kölner Zone am 10. Januar abhängen werde, die Ende Dezember auf einer besonderen Konferenz beschlossen werden solle.

Verzögerung der Konferenz

W.D. London, 15. Aug. Nach einer Neutermeldung verlautet, daß die Konferenz heute oder am Samstag geschlossen werden wird, wenn die deutsche Antwort günstig ausfallen sollte, würde sie aber ungünstig ausfallen, und sollten die Deutschen gegenüber den französischen Vorschlägen ein non possumus erklären, so werde sich die Konferenz wahrscheinlich auf zwei oder drei Wochen sofort vertagen, um den verschiedenen Delegierten die Möglichkeit zu geben, noch Gänge zurückzulegen, und sich mit ihren Regierungen ins Benehmen zu setzen. Wenn die Antwort weder eine endgültige Annahme, noch eine endgültige Ablehnung sein sollte, so daß der Weg für eine weitere Besprechung der verschiedenen Punkte offen gelassen sein sollte, so könnte es möglich sein, daß die Konferenz verlängert, und daß die Erörterungen fortgesetzt würden. In britischen Kreisen wird betont, daß die britischen Vertreter noch nicht aktiv an den Verhandlungen über die Ruhrfrage teilgenommen haben, obwohl Macdonald zeitweise der Kanal für den Meinungsaustausch war.

Weitere Schwierigkeiten

W.D. Paris, 15. Aug. Der erneute Ausschub der Londoner Verhandlungen findet bei dem Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ eine ausgesprochene ungünstige Beurteilung. — Angenommen — so schreibt das Blatt — daß die französisch-belgische Räumungsformel durch die Deutschen angenommen wird, woran noch gezweifelt werden dürfte, da ein deutscher Gegenvorschlag wahrscheinlicher ist, und daß am Samstag diese Frage liquidiert sei, so würden die Delegationen immer noch fünf oder sechs andere Fragen zu regeln haben, bevor man das Schlussprotokoll unterzeichnen könne. — Eine letzte Schwierigkeit sieht der Berichterstatter anlässlich eines Besprechens, das der französische Ministerpräsident dem Schlussprotokoll beizulegen beabsichtigt und in dem Frankreich eine allgemeine Referre auszusprechen beabsichtigt, für den Fall, daß aus irgend einem Grunde der Sachverständigenplan nicht in Kraft trete. Im Hinblick darauf erwartet der Berichterstatter unter Umständen eine neue Verzögerung. Man dürfte kaum damit rechnen, daß vor den ersten Tagen der nächsten Woche die Verhandlungen über alle Punkte zu Ende gehen.

Englische Pressestimmen

W.D. London, 15. August. Die Blätter geben die Hoffnung auf eine Regelung der Reparationsfrage nicht auf. Die „Times“ schreibt, das gesamte Reparationsproblem könne auf eine neue hoffnungsvollere Basis gestellt werden, wenn die Franzosen und die Deutschen die frichtige Frage des Zeitpunktes der militärischen Räumung des Ruhrgebietes regeln. Ein Scheitern der Konferenz, die so viele gebietene und fruchtbare Arbeit, wie die im Dawesplan enthaltenen Wirtschaftsprobleme gelöst habe, würde einen Zusammenbruch bedeuten, der in seiner unmittelbaren Auswirkung weit zerstörender sein würde, als wenn die Konferenz niemals zusammengetreten wäre. Das Schlimmste, was Europa geschehen könnte, und zwar jedem Land in Europa. Es würde ein Fehlschlagen nach diesen langmonatigen beharrlichen Anstrengungen auf Seiten der hauptsächlichsten europäischen Staaten sein, es handele sich um die Konferenz zur Rettung der europäischen Zivilisation. Der Sachverständigenplan sei der einzige Rettungsanker. Alles hänge von der Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland über die militärische Räumung des Ruhrgebietes ab. Es bestehe kein logischer Grund für das Verweilen französischer und belgischer Truppen im Ruhrgebiet. Nach Annahme des Dawesplanes und des Grundgesetzes einer baldigen wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes. Die britische Regierung habe niemals die Befehlshaber der Zweckmäßigkeit der Besetzung anerkannt und könne sie auch jetzt nicht zugeben oder unterstützen. Der einzige Grund, der weiterhin geltend gemacht werde, um die Truppen während eines Höchstzeitraums von einem Jahr nach Abschluß der Vereinbarung über den Dawesplan zu belassen, sei der Druck eines starken Teiles der öffentlichen Meinung Frankreichs. Es sei jedoch schwer, zu glauben, daß der vernünftige Teil der französischen öffentlichen Meinung nach der klaren Aufgabe der Ruhrpolitik lange auf der Besetzung von Gebieten bestehen würde, die eine offene Verletzung des Versailler Vertrages darstellen. Gerriot mit all seinen guten Willen habe große Schwierigkeiten und sei einem starken Druck ausgesetzt. Dies sei die Kardinalkatastrophe, die klar in Deutschland anerkannt werden sollte. Ein Ausweg müsse gefunden werden. Die Sicherheit Deutschlands und Frankreichs, die Sicherheit Europas hängen von einer klaren und endgültigen Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland über die einzige und letzte Schwierigkeit, über die militärische Räumung des Ruhrgebietes, ab.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

W.D. Paris, 14. Aug. Nach dem Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ ist zwischen den deutschen und französischen Delegierten eine Abmachung dahingehend erzielt worden, über die den Handelsvertrag betreffenden Fragen auf einer besonderen Konferenz zu verhandeln. Diese Konferenz solle Anfang Oktober in Paris oder Berlin stattfinden.

Wieder 26prozentige Abgabe auf die deutsche Einfuhr nach England

W.D. London, 15. Aug. (Neuer.) Die britische Regierung beschloß, die 26proz. Abgabe, mit der die deutsche Einfuhr nach Großbritannien belegt ist, wieder in eine 26prozentige umzuwandeln, wie sie ursprünglich in dem Reparations-recouvrement-Akt festgelegt war. Es verlautet, daß diese Maßnahme in dem Bericht des Zweiten Ausschusses der Londoner Konferenz vorgelegen ist und daß diese Zollserhöhung eine dauernde sein soll.

Die Meldung dürfte in einem gewissen Grade mit den fortwährenden Verhandlungen über einen deutsch-englischen Handelsvertrag im Zusammenhang stehen.

Coolidge für Europapolitik

W.D. Washington, 15. Aug. Coolidge hat die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten angenommen. Er faßt aus diesem Anlaß seine auswärtige Politik in dem Wort „Frieden“ zusammen und fügt hinzu, daß er, wenn der Dawesplan in Kraft treten sei, eine neue internationale Konferenz zur Erörterung einer weiteren Beschränkung der Rüstungen vorschlagen werde, ferner billige Coolidge den Beitritt der Vereinigten Staaten zum ständigen internationalen Gerichtshof und die Mitwirkung amerikanischer Bürger beim Wiederaufbau Europas.

Die Fremdherrschaft am Rhein

Das Sachverständigengutachten verlangt als Voraussetzung der Durchführung der in ihm enthaltenen Reparationsvorschläge u. a. die Wiederherstellung der fiskalischen Einheit des Deutschen Reiches. Wenn darunter natürlich auch in erster Linie die Wiederherstellung der deutschen Steuerhoheit verstanden werden muß, so ist doch bei den inneren Verwaltungs-Zusammenhängen klar, daß dadurch im allgemeinen die Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit gefordert wird. Man hat sich im unbesetzten Deutschland keine rechte Vorstellung davon machen können, in welchem Maße die staatliche Hoheit im besetzten Gebiet tatsächlich ausgeübt ist. Bei den Friedensverhandlungen ist keinerlei zugesichert worden, daß die Stärke der ins Rheinland zu legenden Besatzungstruppen etwa 1/3 der Stärke der ehemaligen deutschen Truppen in diesem Gebiet entsprechen soll. Statt der 70 000 Soldaten, die vor dem Kriege dort in Garnison lagen, sind aber allmählich ins allberste Gebiet rund 140 000 fremde Soldaten gelegt worden. In ihrer Unterhaltung und Sicherheit ist dann allmählich ein ziviler Verwaltungsapparat, der alle Grenzen des Berechtigten überschritten hat, entwickelt worden.

Im Interesse der Sicherheit der Besatzungstruppen waren durch das Rheinlandabkommen den Alliierten gewisse Kontrollrechte zugesichert worden. Die Zivilverwaltung sollte jedoch in deutschen Händen bleiben. Das Rheinlandabkommen sieht einen interalliierten Ausschuss von vier Personen vor. Aber schon nach zwei Jahren waren allein in Coblenz 1300 Zivilbeamte der Alliierten, dazu noch 12 Bezirksdelegierte mit je 20 Personen, die über das Land verstreut waren. Die Mehrzahl dieser Zivilbeamten brachten ihre Bewandten mit, für die in diesem Gebiet allein 11 776 Wohnungen mit 42 000 Zimmern beschlagnahmt wurden. Dieser Zivilbeamtenapparat wurde planmäßig zur Verdrängung der deutschen Verwaltungsbehörden eingesetzt. Mit seiner Hilfe führte der interalliierte Ausschuss das gegen Wortlaut und Geist des Rheinlandabkommens verstoßende Verbot der Gültigkeit gewisser deutscher Gesetze im Rheinland durch. Mit seiner und der Besatzungstruppen Hilfe ist die deutsche Polizeigewalt im besetzten Gebiet beschränkt worden, obgleich die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung als wichtigste Angelegenheit der Zivilverwaltung ausdrücklich im Rheinlandabkommen den deutschen Behörden übertragen worden ist. Die Weisung der deutschen Behörden ist dadurch erreicht worden, daß die leitenden Beamten der deutschen Verwaltung ausgewiesen worden sind. In der französischen Zone des Rheinlandes sind heute noch 99 Proz. der leitenden deutschen höheren Beamten ausgewiesen. Kein einziger Landrat hat in seinem Amt zurücktreten dürfen. In Wiesbaden können gegenwärtig nur 35 höheren deutschen Beamten nur 5 ihre Tätigkeit ausüben. Kontrollbesuche von Beamten der Berliner Zentralbehörden müssen vorher bei den Franzosen angemeldet und von ihnen genehmigt werden. Und die Verdrängung der Rheinlandkommission Nr. 205 beanprucht für die französischen Besatzungsbehörden das Recht der Ernennung von Beamten durch die Franzosen.

Aus diesen wenigen Tatsachenangaben wird für jeden klar, daß die deutsche Verwaltungshoheit im Rheinland zurzeit so gut wie gänzlich besteht. Offenlich gelingt es, durch die Londoner Verhandlungen eine Handhabe zu erreichen, die diesen Stand lösen, gegen die deutsche Verwaltungshoheit und gegen die geschriebenen Verträge verstoßenden Zustände ein Ende bereiten und unser gutes Recht wieder herstellen.

Eupen und Malmedy halten am Deutschtum fest

Aus Brüssel wird uns geschrieben: Zu den Deutschen, die unter fremder Herrschaft in stiller, aber abem Abwehrkampf gegen fremde Kultureinflüsse ihr Deutschtum treu bewahren, gehört die Wohnerschaft der Kreise Eupen und Malmedy. Sie stehen seit Anfang 1920 unter belgischer Militärverwaltung, deren Oberhaupt, General Baltha, seiner Aufgabe mit Einsicht, Takt, Geschicklichkeit und Wohlwollen obliegt. Daß trotzdem die „Belgisierung“ der Kreise Eupen und Malmedy keine Fortschritte gemacht hat, ist eine Tatsache, deren Bedeutung in Belgien nach Gebühr gewürdigt wird.

Wie sehr man sich auch in den hiesigen liberalen Kreisen bemüht, daß die Bevölkerung der beiden annektierten Kreise keineswegs als belgisch angesprochen werden kann, bezeugt ein Artikel der „Etoile Belge“. Ihr Gewährsmann hat die Stimmung des Annelionsgebietes an Ort und Stelle erkundet und zugleich Gelegenheit gehabt, mit einer hochgestellten belgischen Persönlichkeit den Stand der Dinge zu erörtern. Da diesem Berichterstatter sicherlich nicht vorgeworfen werden kann, bei seinen Beobachtungen schwarzgerichtet verfahren zu haben, fällt sein Urteil doppelt ins Gewicht. Der Kern seines Urteils aber ist die nachdrücklichste Feststellung, daß sich innerhalb der Bevölkerung von Eupen und Malmedy eine „Assimilierung der Herzen und Gefühle“ noch nicht vollzogen habe, daß hier vielmehr die Zeit das Ihre tun müsse. Der Berichterstatter warnt auch davor, das bisherige Verwaltungssystem vorzeitig abzubauen, und im Zusammenhänge

hiermit ist es sachlich genug, festzustellen, daß die 65 000 Bewohner der Kreise Eupen und Malmedy das Recht auf die Bildung eines besonderen Arrondissements und auf die Wahl eines eigenen Abgeordneten haben.

Anders jedoch denkt darüber die belgische Regierung, die zweifellos den Vorschlag des Generals Baltha beeinflusst hat, die annektierten beiden Kreise teils der Provinz Lüttich, teils der Provinz Luxemburg anzuschließen. Es kann indessen dahingestellt bleiben, ob mit diesem Vorschlag über die Zukunft der Verwaltung von Eupen und Malmedy endgültig entschieden ist. Je zweifelloser es ist, daß die 65 000 Angehörigen des deutschen Kulturkreises ein geschlossenes Gebiet bewohnen, desto natürlicher erscheint vom modernen Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes auch der nationalen Einheiten, daß Eupen und Malmedy unter belgischer Herrschaft ebenfalls eine Verwaltungseinheit bilden. Wenn belgische Regierungskreise von einer solchen Einheit ganz besonders die Entfaltung eines eigenen politischen und kulturellen Lebens befürchten, so unterstützen die Wirkungen, die mit einer Auseinanderreißung des zusammengehörigen Gebietes notwendigerweise verbunden sein müßten. Und zwar sind es irredentistische Bestrebungen, die eine Aufteilung der beiden deutschen Kreise auf zwei belgische Provinzen in gesteigertem Maße hervorrufen würde.

Wie immer jedoch die einstige Verwaltung von Eupen und Malmedy beschaffen sein mag: sie wird nichts an der Tatsache ändern, daß jene 65 000 Einwohner sich ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis auf das lebhafteste bewußt sind. So lautlos ihr Kampf gegen Belgisierung geführt wird, er hat doch vollen Anspruch darauf, im deutschen Mutterlande allezeit den nachhaltigsten Widerhall zu wecken.

Politische Neuigkeiten

Die Verkehrslage der Reichsbahn

Aber die Verkehrslage der Reichsbahnen im Juli hört W.D. von unterrichteter Seite:

Abfahrtsstunden und weitere Einschränkungen zahlreicher Betriebe infolge mangelnder Betriebsmittel kennzeichnen die Verkehrslage im Juli, die sich naturgemäß auch im Eisenbahngüterverkehr ungünstig ausgewirkt hat. Die Gesamtmenge der mit der Eisenbahn beförderten Güter ist im Ganzen wohl höher als im Vormonat, dabei ist indessen zu berücksichtigen, daß der Juli 27 Arbeitstage hatte gegen 24 des Juni. Die Binnenwasserstraßen waren im allgemeinen voll leistungsfähig. Der Rückgang des Wasserstandes der Oder und die damit verbundene geringere Aufnahmefähigkeit der Oder konnte den Eisenbahngüterverkehr nicht belegen.

Der Eisenbahnbetrieb nahm den aufgenommenen Güterverkehr ohne irgendwelche Schwierigkeit auf. Dem Wagonbedarf konnte restlos entsprochen werden. Da und dort haben sich sogar Bestände an leeren Wagon, besonders offenen Wagon gehäuft. Nach den vorläufigen Feststellungen wurden im Gebiet der deutschen Reichsbahn 1 155 551 offene und 913 683 bedeckte Wagon gestellt. Im unbesetzten Ruhrgebiet wurden etwa 6000 Wagon und in Deutsch-Oberschlesien etwa 14 600 Wagon mehr als im Vormonat gestellt, der mitteldeutschen Braunkohlengruben ist im ganzen schwächer geworden, wenn die höhere Zahl von Arbeitstagen im Juli in Betracht gezogen wird. Es wurden 161 056 Wagon abfordert gegenüber 156 023 im Vormonat und 283 097 im Juli des Vorjahres. In den schlesischen Kohlengruben wurden fast 15 500 Wagon mehr angefordert und gestellt als im Vormonat, im Juni etwa 57 300 Wagon.

Der Bezug künstlicher Düngemittel sollte durch ein neues Kreditabkommen und durch Sommerpreise belebt werden, die das Kali- und das Stickstofffundat gewährt haben. Eine neuemerte Vermehrung des Bahnverlades haben indessen diese Maßnahmen noch nicht gebracht. Zur Verladung künstlicher Düngemittel wurden insgesamt 17 620 Wagon gegenüber 11 344 im Vormonat und 40 830 im Juli 1923 gestellt. Im Verband anderer Massengüter zeigten sich keine wesentlichen Änderungen.

Wein Zoll u. deutsch-spanischer Handelsvertrag

Zu diesem Thema schreibt Reichstagsabgeordneter Pfarre Korell der „Frankf. Ztg.“ u. a.:

„Die Frage der deutschen Weinbaukosten ist von ausschlaggebender Bedeutung und ist in besonderer Maße umstritten. Man würde besser zu kämpfen haben, wenn die andere Seite ruhig sagte: der deutsche Weinbau muß zurücktreten hinter das wirtschaftliche Interesse am Handel mit Spanien; dann kommen andere Maßstäbe als die umstrittenen Bau- und Löstosen in Frage. Doch das geschieht nicht. Man will beweisen, daß auch bei den neuen Zollfällen der deutsche Weinbau seine Rechnung findet. Darum muß die Frage der Selbstkosten über die Sphäre der Konstruktion und Anzeigung hinausgehen und eine annähernd richtige, aus allen zugänglichen wirtschaftlichen Quellen schöpfende Aufstellung gesucht werden. Ich hoffe dem Reichstag alsbald einen Antrag, der dies fordert, vorlegen zu können. Wein aus langjähriger Beobachtung gewonnenes Urteil, das nur für Rheinessen um Beachtung bittet, geht dahin, daß im häuerlichen Betrieb der Morgen (zu 2500 Quadratmeter) von 500 bis 650 Mark in leicht zu bauenden Gemückerungen, in anderen noch mehr erfordert. Betriebe mit überwiegender fremden Arbeitskräften und allen neueren Methoden der Schädlingsbekämpfung brauchen mehr; erst recht die Romanen und reinen Qualitätszüchter. Die Rekonstruktion der Kosten aus den Vortriebspreisen ist falsch, denn es ist jedem Kenner der Binger bekannt, daß sie damals schwer verschuldet waren und unter den Selbstkosten, abgesehen von Qualitätsjahren, verlaufen.“

Nimmt man nach der Statistik als rheinbeisigen Durchschnittspreis pro Morgen, auf längere Jahre gerechnet, 1000 Liter an, was reichlich ist, so kosten also den deutschen Produzenten die 1000 Liter um 50 bis 100 Mark mehr als in Zukunft der spanische Wein franko Deutschland. Der deutsche Wein ist noch schlimmer daran. Daß die Einführung von spanischem Wein zu einem um 50 Proz. ermäßigten Zoll den deutschen Preis weiter drücken wird, erscheint sicher. Die Befürchtungen, daß der deutsche Weinbau, abgesehen von den Spitzen, durch die neuen Zollfälle aufs schwerste bedroht ist und zum mindesten wieder in das Elend der Vorriebszeit zurückfällt, sind nach meinem Urteil begründet. Kreditgewährung, bessere Verkaufsorganisation (gegen die wiederum der Handel angeht) nützen so lange nichts, als das Ausland billiger liefern wie das Inland produzieren kann. Es kommt hinzu, daß der deutsche Weinbau vor der kostspieligen Aufgabe steht, reblausfreie Reben anzupflanzen, da er sonst in absehbarer Zeit eingest. Seine Anpflanzungen werden sich schon in den nächsten Jahren, wenn die Züchtungsversuche in die Praxis übertragen werden können, wesentlich steigern, auch wenn das Reich und die Länder in der Lage sein sollten, den Übergang zu erleichtern. Die bevorstehende Debatte des Reichstags wird zeigen, daß in allen Parteien — vielleicht die Kommunisten ausgenommen — Anhänger dieses kurz dargestellten Urteils sitzen.“

Reichsversicherungsanstalt für Angestellte

Über das 11. Geschäftsjahr 1923 verbreitete sich das Direktorium in folgender Weise:

Ein Jahr der schwersten Sorge für den weiteren Bestand der Angestelltenversicherung liegt hinter uns. Die mächtige Inflationswelle, die im Laufe des Jahres die deutsche Währung gerüttelt und dadurch die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens auf das schwerste erschütterte, drohte auch die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu vernichten. Die Beiträge entsprachen schon zu Beginn des Jahres nicht mehr der Geldwertigkeit. Im Juli 1923 hatte der höchste Beitrag, der im Frieden 26,60 M. betrug, nur noch einen Wert von 18 Indezspennigen und der niedrigste Beitrag, der im Frieden 1,60 M. betrug, nur noch einen Wert von zwei Zehntel Indezspennigen. Hiermit waren die durch das Gesetz vom 10. November 1922 neu festgesetzten Beiträge auf ein Achtzigstel ihres Wertes gesunken. Alle versicherungstechnischen Grundlagen, alle Berechnungen des Voranschlags für den Haushalt wurden über den Haufen geworfen. Während in der Inflationszeit die eigentlichen Pflichten der Angestellten an Bedeutung immer mehr verloren, konnte die freiwillige Leistung des Gesetzes, das Heilverfahren, trotz der von Monat zu Monat sich häufenden Schwierigkeiten bis Ende September uneingeschränkt durchgeführt werden. Ein zu dieser Zeit gefaßter Beschluß des Direktoriums, das Heilverfahren vorübergehend auszusetzen, um die für die gesetzlichen Pflichten erforderlichen Mittel nicht zu gefährden, konnte schon nach ganz kurzer Zeit infolge der schnelleren und angemesseneren Anpassung der Einnahmen an die Geldwertigkeit soweit abgeändert werden, daß das Heilverfahren wenigstens in seinem für die Allgemeinheit bedeutsamsten Teil, dem der Bekämpfung der Tuberkulose, im Rahmen des Möglichen wieder aufgenommen wurde.

Die bei der Wirtschaftsführung des im Jahre 1921 angekauften Sanatoriums Kreifcha gemachten Erfahrungen führten zu dem Erwerb der Lungenheilstätte Stammberg beim Schriesheim in Baden. Die Anstalt bietet Raum für etwa 100 Kranke und ist für die Aufnahme weiblicher Versicherten bestimmt. Im Jahre 1923 gingen 43 693 Heilverfahrensanträge ein. Davon wurden 43 376 Heilverfahrensanträge erledigt, und zwar wurden 26 632 Anträge erledigt, abgelehnt und zurückgenommen wurden 16 744 Anträge. Die durchschnittliche Dauer der Kuren betrug in den Lungenheilstätten 80 Tage, in den Sanatorien 35 Tage, in den in Baden belegenen Sanatorien 29 Tage und in den Kurpensionen 34 Tage. Auf Grund des früheren Abkommens mit den Krankenkassen wurden durch diese auf dem Gebiete des Jahresheilverfahrens 9700 Anträge gegen 10 288 im Vorjahre durchgeführt. Bei der Reichs-Vers.-Anstalt für Angestellte selbst sind 699 derartige Anträge gegen 1369 im Vorjahre bearbeitet worden. Von geschlechtskranken Versicherten wurden 674 Anträge bearbeitet. Infolge der vorübergehenden Einschränkung des Heilverfahrens konnte auch der Betrieb in den eigenen Anstalten Kreifcha und Stammberg nur in beschränktem Umfange fortgeführt werden. Im Sanatorium Kreifcha konnten nur 88 828, in Stammberg in 9 Monaten nur 23 728 Verpflegungstage erreicht werden.

Für Dezember 1922 gingen Beiträge für 1 943 612 Versicherte ein. Der Markenerlös bei der Post betrug im Jahre 1923: 15 885 034 750 438 Millionen Mark. Auf den Bereich des Gesamterlöses bei der Post entfallen auf Karlsruhe 457 878 157 827 Millionen Mark, auf Konstanz 120 578 030 468 Millionen Mark. Durch Postgeld oder in bar sind für Markten im Jahre 1923 419 186 358 563 Millionen Mark eingegangen. Als Vergütung für den Betrieb der Marken wurden an die Post gezahlt 98 789 786 279 Millionen Mark. Vom 1. Dezember 1923 ab hat der Freistaat Danzig einen selbständigen Versicherungsträger errichtet. Aus dem Saargebiet hat die Reichsversicherungsanstalt die Beiträge nur noch für die Zeit vom 1. Januar 1923 bis 31. Mai 1923 mit zusammen 161 816 470 M. erhalten. Vom 1. Juni 1923 an fließen diese Einnahmen dem selbständigen Versicherungsträger für das Saargebiet zu. Die Einnahmen betragen an Beiträgen 17 203 623 939 496 357 737 M., Zinsen 210 123 210 336 554 648 M., Verwaltungskostenzuschüsse aus Kapitalanlagen 76 168 479 174 597 872 M., Mieten 11 358 530 012 458 659 M., sonstige Einnahmen 16 525 768 516 162 650 Mark, Kursgewinne 207 662 190 252 542 741 Mark, die Ausgaben balanzieren nach Abzug von 16 720 948 928 314 217 584 Mark, Überträge auf das folgende Jahr mit 17 726 462 124 474 744 181 Mark.

Gescheiterter Kommunistenputsch in Portugal

Gegenüber Meldungen, daß in Lissabon die radikalen Kommunisten den Versuch gemacht hätten, die Regierung zu stürzen, wobei es zu Straßenkämpfen gekommen sei, meldet ein Sabastelegramm aus Madrid, daß nach den bis jetzt hier vorliegenden Nachrichten von einem solchen Versuch nicht gesprochen werden könne. Es handle sich nur um Gerüchte, die zu einer Konzentrierung der Truppen und zur militärischen Bekämpfung verschiedener Punkte geführt hätten. Die Ordnung sei aber nicht gestört worden. Verschiedene Führer der radikalen Kommunisten seien von der Regierung verhaftet worden. Die Bewegung könne als gescheitert gelten.

Der neue Zustand in Spanisch-Marokko

Dem „Petit Parisien“ wird aus Madrid gemeldet: Zurzeit steht die gesamte spanische Front unter dem Druck der Riff-Kente. Im Westen befinden sich die Beni Gassa im Aufstand. Ein Stamm hat unter Benutzung des Rebells ein Dorf überfallen und versucht, die Einwohner wegzuführen. Eine spanische Truppenabteilung hat die Aufständischen angegriffen und in die Flucht geschlagen, sowie ihnen das mitgeführte Material abgenommen und eine Anzahl der Rebellen getötet. Auf dieser Seite ist der spanische Gegendruck genügend stark. Im Osten meldet man Annäherungen der Aufständischen und Angriffe auf die spanischen Posten in der Gegend von Alhucemas. Die Lage in Marokko absorbiert die ganze Aufmerksamkeit der Regierung.

Der Nutzen des Fremdenverkehrs. Der Monat Juli hat den schweizerischen Verkehrsankalten außergewöhnliche Einnahmen gebracht. Die Post erzielte allein durch den Briefmarkenverkauf eine Million mehr als im Vorjahre, während die Bundesbahn einen bisher noch nicht erreichten Höchstüberschuss von 14 Millionen Franken aufweist. Das Porto für schweizerische Auslandsbriefe wird am 1. Oktober von 40 auf 30 Centimes herabgesetzt.

Eine Spur des ermordeten Matteotti. Nach zweimonatiger Nachforschung scheint, wie aus Rom gemeldet wird, eine Spur des Leichnams Matteottis gefunden, indem laut „Tribuna“ der Kopf des Ermordeten, von Dolchstichen durchlöchert, in einem Wasserloch bei Rom entdeckt und von der Witwe erlöst wurde. Ein Armeelied abgetrennt unsern vom Ade.

Grubenarbeiterstreik in Frankreich. Wie aus Paris gemeldet wird, ist in der Provinz ein Grubenarbeiterstreik ausgebrochen. 20 000 von insgesamt 36 000 Arbeitern, die in den Gruben beschäftigt sind, haben wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt.

Kurze Nachrichten

Die Finanzgebarung des Reichs. Nach der Übersicht über die Geldbewegung bei der Reichskasse betragen vom 1. bis 10. August die Einzahlungen rund 106,7, die Auszahlungen rund 106,3, der Überschuss mithin rund 0,4 Millionen Goldmark. Damit erhöht sich der Überschuss seit dem 1. April auf 47,2 Millionen Goldmark.

Der Reichsrat genehmigte eine Verordnung über Landungs-aufforderung für Luftfahrzeuge, wonach Luftfahrzeuge durch bestimmte Zeichen zur Landung veranlaßt werden sollen. Ferner enthält die Verordnung Vorschriften darüber, was zu geschehen hat, wenn Luftfahrzeuge der Aufforderung keine Folge leisten. — Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß die erledigte Stelle eines Vorsitzenden des Strafsenats beim Reichsgericht mit dem bisherigen Reichsgerichtsrat Dr. Hermann Oebe besetzt wird.

Der neue Präsident des Staatsgerichtshofes. Mehrere Mütter melden aus Leipzig, daß der Reichspräsident den bisherigen Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofes, Senatspräsidenten Nieber, der an Stelle des in den Ruhestand getretenen Präsidenten Dr. Schmidt den Vorschlag, zum Präsidenten des Staatsgerichtshofes ernannt habe.

Die Berliner „Rote Fahne“ wieder verboten. Wie die Mütter mitteilen, hat der Reichsminister des Innern die „Rote Fahne“ wegen Anstreben einer gesetzwidrigen Änderung der verfassungsmäßigen Staatsordnung und wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen politische Andersdenkende für die Dauer von drei Wochen verboten.

Die Erzbergermörder in Ungarn? Wie der Budapestier „Eesti Courier“ meldet, sollen sich die wegen des Mordes an Erzberger verfolgten Heinrich Schulz und Tieslen seit Frühjahr unweit der Hauptstadt in Letten in einem entlegenen Gebäude aufhalten. Die beiden jungen Leute verbringen nach der Darstellung des Blattes ihre Zeit mit Garten- und Landarbeiten und erhalten hin und wieder Besuch. Eine amtliche Befragung der Angaben des Blattes liegt nicht vor.

Deutsches Landreise des mexikanischen Präsidenten. Die mexikanische Gesandtschaft in Berlin gibt bekannt, daß der zum Präsidenten der vereinigten Staaten von Mexiko gewählte General Plutarco Elias Calles sich in New York mit dem der Hamburg-Amerikaline gehörenden Dampfer „Deutschland“ nach Deutschland eingeschifft hat, um während seines Aufenthaltes in Deutschland die Behandlung sozialer Probleme vom gesetgeberischen, volkswirtschaftlichen Standpunkt zu studieren.

Badischer Teil

Verband Südwestdeutscher Industrieller

In der kürzlich im Hotel „Germania“ zu Karlsruhe unter dem Präsidium des 1. Verbands-Vorsitzenden, Kommerzienrat O. Stroh, Biegelhausen bei Heidelberg, stattgefundenen 53. ordentlichen Plenarversammlung des Direktoriums des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller wurde nach einer Aussprache über die derzeitige allgemeine Wirtschaftslage zunächst über die Neuregelung des Liegegeldes nach § 82 des Binnenschiffahrtsgesetzes beraten.

Darnach berichtete Verbands-Syndikus Dr. Wied über eine Reihe der wichtigsten Punkte der Tätigkeit des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller in der letzten Zeit und machte Mitteilung von verschiedenen neuen Verordnungen, die mit auf Betreiben des Verbandes ergangen sind, und der Industrie gewisse Erleichterungen in ihrer schwierigen Lage bringen.

Ausführlich wurde sodann verhandelt über die Neuregelung der Eisenbahntarife.

Das Direktorium sprach sich im Interesse der Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit der badischen und süddeutschen Industrie, insbesondere für die Aufrechterhaltung der Sechsfachausnahmetarife, der Wasserschiffahrtstarife und der Staffeltarife aus, ferner für die Einführung weiterer Sechsfachausnahmetarife, von Ausnahmetarifen zur Ausfuhr über die trodene Grenze und für die Ausdehnung der Wasserschiffahrtstarife auf weitere Warengruppen.

Dringend nötig ist ferner der allgemeine Tarifabbau. Bei Durchführung des allgemeinen Tarifabbaues ist jedoch zu fordern, daß derselbe sich nicht auf die Normaltarifsätze beschränken darf, sondern in gleichem Maße den zugehörigen Ausnahmetarifen zugute kommen muß.

Einen weiteren Beratungsgegenstand bildete „die Belastung der deutschen Industrie durch die Industrie-Oligationen“, aber „die Tätigkeit und die Umgestaltung der Rentenbank“ erstattete Dr. Ramhorst, Mitglied der Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin, ein ausführliches Referat.

Zum Schluß erfolgten nach einem einleitenden Berichte des Verbands-Syndikus eingehende, mehrstündige Beratungen über handelspolitische Angelegenheiten.

Der komm. Landtagsabgeordnete Bod verhaftet

Auf Ersuchen des Reichsstaatsanwaltes wurde der kommunistische Landtagsabgeordnete Bod in der Nacht vom Samstag zum Sonntag in Lorsch von der Kriminalpolizei verhaftet. Die Verhandlung gegen Bod wird in Freiburg stattfinden. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit um ein seit einiger Zeit gegen den Verhafteten schwebendes Verfahren wegen Hochverrats, dessen Ursprung auf die bekannten Aufbruchorgänge im badischen Oberland im Herbst 1923 zurückzuführen ist. Bod war auf Ersuchen des badischen Landtages zur Teilnahme an den Landtags-Sitzungen im Mai aus der Untersuchungshaft in Freiburg entlassen worden und wurde nunmehr, nachdem durch Schließung der Sitzungsperiode 1923/24 des Landtages keine Immunität mehr für ihn besteht, wieder in die Untersuchungshaft nach Freiburg verbracht.

Altfränkischer Luzerner Samenbau

Um der Gefahr der Verdrängung und Vermischung des altbekannteren einheimischen Luzernsamens durch fremde, minderwertige Sorten zu begegnen, hat sich unter der Leitung der Saatgutkommission der Bad. Landwirtschaftskammer in Rastatt eine große Anzahl weitverbreiteter Luzerner Samenbauer in etwa 30 Gemeinden des Bad. Frankenlandes zusammengeschlossen, um den Anbau des Luzernsamens der echten, altfränkischen Saat, sachgemäß durchzuführen und den Samen gemeinsam zu verkaufen.

4. Tagung für christl. Kunst in Freiburg i. Br.

Die 4. Tagung für christliche Kunst, die vom 22. bis 25. September in Freiburg i. Br. stattfindet, beginnt am Montag, den 22. September mit einem Begrüßungsabend. Ministerbaumeister Dr. Friedr. Kempf wird einen Lichtbildvortrag über „Das Freiburger Münster und seine Kunst“ halten. Für den Dienstag, den 23. September sind verschiedene Vorträge vorgesehen. Am Abend werden im Collegium musicum der Universität mittelalterliche Musikproben mit Einführungen stattfinden. Für Mittwoch, den 24. September ste-

hen auf der Tagesordnung Vorträge über „Siedlungs- und Klosterrichtungen“ und „Friedhofskunst und Kriegerehrungen“ (vormittags 9 Uhr), nachmittags ab 3 Uhr haben die Teilnehmer der Tagung Gelegenheit, an Führungen durch die Stadt, Besichtigung des Münsters, des erzdiözesanen Diözesan-Museums und des städtischen Augustinermuseums teilzunehmen. Für Donnerstag, den 26. September ist ein Ausflug nach Breisach und dem Kaiserstuhl geplant. In Verbindung mit der Tagung findet im Gebäude des Kunstvereins eine Ausstellung neuerzeitlicher religiöser Kunst und Dekorationalien statt, im Augustinermuseum eine Ausstellung alter christlicher Kunst.

Kommunale Rundschauf

Protest gegen eine Bürgermeistereiwahl. Gegen die kürzlich in Oberfödingen im zweiten Wahlgang erfolgte Bürgermeistereiwahl ist wegen Verstößen gegen einige Vorschriften des Wahlverfahrens Protest erhoben worden.

Eingemeindungsbestrebungen. In Rhina sind zurzeit Bestrebungen im Gange welche die Eingemeindung Rhinas nach Kleinlausenburg beabsichtigen.

Der Bürgerauschuß in Markdorf nahm den vom Gemeinderat zusammen mit einer beratenden Kommission abgeordneten Gemeindevoranschlag, der die Umlage auf 52 Pfennig festsetzt, einstimmig an.

Aus der Landeshauptstadt

Aufwertung der Sparguthaben. Die städt. Sparkasse hatte, — einer Anregung des Bad. Sportclubs und Giroverbandes entsprechend — ebenfalls zu einer Anmeldung der Sparguthaben aufgerufen. Nun hat die Städtische Sparkasse Stuttgart, zweifellos im Einvernehmen mit dem Württembergischen Sparkassenverband, bekannt gegeben, sie sehe von einer besonderen Anmeldung ab und betrachte die Aufwertungsarbeiten ohne weiteres als angemeldet. Es sprechen so viele Gründe für dieses vereinfachte Verfahren, daß die Städt. Sparkasse Karlsruhe sich entschlossen hat, diesem Beispiel zu folgen.

Deutsch-spanisches Handelsabkommen. Wie uns die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden mitteilt, ist ihr das am 25. v. Mis. zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Spanien abgeschlossene Handelsabkommen im Wortlaut zugegangen. Das Abkommen liegt in der Handelskammer zur unentgeltlichen Einsichtnahme auf.

Vollschauspiel Stigheim. Ab Sonntag, 17. August, verkehrt der für die Besucher des Vollschauspiels Stigheim vorgesehene Zug 749 (H) regelmäßig 30 Minuten früher, Stigheim ab 6.40 nachm., Karlsruhe ab 7.00 nachm. Hierdurch werden daselbst die Anschlüsse an die Züge 755, 1329 und 1237 nach Mannheim, Magau und Pforzheim hergestellt.

Städt. Konzerthaus. Heute Freitag und täglich finden Wiederholungen der erfolgreichen Operette „Der Fürst von Ravensheim“ statt, es sei darauf hingewiesen, daß nur noch einige Wiederholungen dieser Operette stattfinden. Im Laufe der nächsten Woche sind einige Aufführungen der Operetten „Nabi“ und „Familie Kasse“ vorgesehen. Vorbereitet wird zurzeit die hier schon in früheren Jahren aufgeführte Operette „Fohet tanzt Walzer“ von Leo Fischer, die auch heute noch nichts von ihrer Jugendkraft eingebüßt hat. Als letzte Operette der Spielzeit wird „Der Gauklerkönig“ gegeben. Die diesjährige Spielzeit schließt am Sonntag, den 31. August.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 44 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz über die Einrichtung der Ministerien. Verordnungen: des Finanzministers: Jagdsteuer; Verzugszuschläge für Grund- und Gewerbesteuer; des Finanzministers, des Ministers des Innern und des Arbeitsministers: der Wollzug des Gesetzes über eine außerordentliche Steuer von den bebauten Grundstücken (Gebäudesteuerergesetz); des Ministers des Innern: Sammeln von Weinbergzweigen; Ausübung und Schutz der Fischerei.

Von den badischen Hochschulen. Professor Ludwig Deubner in Freiburg hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Heidelberg als Nachfolger des verstorbenen Geh. Hofrats Prof. Dr. Franz Boll abgelehnt. — Ernannt wurde der Präsident der Württembergischen Forstdirektion Dr. Christoph Wagner mit Wirkung vom 1. Oktober zum ordentlichen Professor der Forstwissenschaft an der Universität Freiburg.

DZ. Tauberhofsheim, 14. Aug. Die Tauber führt seit heute früh infolge des anhaltenden Regens Hochwasser.

DZ. Bretten, 16. Aug. Die Kraftstofffahrten auf der Strecke Bretten-Pforzheim sind eingestellt. Auf der Strecke Pforzheim-Lochow erfolgt die Einstellung kommende Woche, da ein Teil der beteiligten Gemeinden, die von der Post verlangte Garantie für den Hehlbetrag abgelehnt hatte. Es verkehren jetzt nur noch Arbeiterfahrten.

DZ. Durlach, 14. Aug. Eine Zusammenkunft der ehemals. Bad. Leibgrenadiere Karlsruhe und Umgebung findet am 7. September auf dem Gute Schöneck bei Durlach statt.

DZ. Freiburg, 13. Aug. Die philosophische Fakultät der Universität Freiburg i. Br. hat sich genötigt gesehen, den Beschluß über die Erteilung der Würde eines Ehrenbürgers an Herrn Emil Ruegg, Direktor des Atheneum in Neuchâtel bei Neuchâtel in der Schweiz, zurückzunehmen, weil der Begleichungsakt auf Grund iveriger Voraussetzungen erfolgte.

DZ. Zell i. B., 14. Aug. Bisher wurde in der letzten Zeit in den Spinnereien und Webereien Zell-Schönen nur 4 Tage mit gewöhnlicher Arbeitszeit gearbeitet. Künftig wird nun an diesen Arbeitstagen jeweils 9 1/2 Stunden gearbeitet und in der Pilsale Rohmatt 10 Stunden, was den Arbeitern wieder etwas größeren Verdienst einbringt. Der seit etwa 14 Tagen ruhende Betrieb in der Cellulosefabrik wird demnächst wieder voll aufgenommen werden.

DZ. Lössingen, 15. Aug. Über dem Ammer- und Redartal gingen am Mittwoch schwere Gewitter nieder, die ungeheuren Schaden angerichtet haben. Die Ammer trat über die Ufer und überschwemmte die Wiesen und Gärten, alles mit sich reißend. Auch in den Feldern ist ein großer Schaden angerichtet worden. Die Landwirtschaft von Unteresingen und Pfäffingen bietet ein Bild grauenhafter Verwüstungen. Der Bahndamm beim Pfäffinger Bahnhof ist unterpült. Der Bahnhof in Pfäffingen selbst wurde von drei kalten Wühlkägen getroffen. Das untere Ammertal gleicht einem großen See. In der Gegend von Weilheim, Weidelsheim, Seebromm und Wolfenhausen hat der heftige Gewittersturm die starken Bäume entwurzelt, gesplittert oder umgeworfen. Die Weinberge haben gleichfalls schwer gelitten und in den Gärten sieht es grauenhaft aus. Der Schaden ist unermeßlich.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	15. August		14. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	164.19	165.01	163.84	164.66
Kopenhagen 100 Kr.	85.23	88.57	87.33	87.57
Italien 100 L.	18.92	19.02	18.92	19.02
London 1 Pf.	19.06	19.16	19.01	19.11
Newyork 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	24.04	24.16	23.44	23.56
Schweiz 100 Fr.	79.10	79.50	79.10	79.50
Wien 100 000 Kr.	5.93	5.95	5.94	5.96
Brag 100 Kr.	12.52	12.59	12.51	12.57

Stellung über 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 12. August d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 90 sh 8 d, bezw. für ein Gramm Feingold 34,98 pence.

Deutsche Silberankäufe in Amerika. An eine Meldung aus Newyork, wonach die deutsche Regierung in den Vereinigten Staaten 4 Millionen Unzen Silber zu Münzwecken angekauft haben soll, knüpft die „D. Z.“ eine Bemerkung, in der es heißt: es handelt sich dabei um die Ergänzung der Silberbestände, die für die münzgesetzlich vorgesehene Ausprägung von 1- und 3-Markstücken notwendig sind, wovon der größte Teil bereits ausgeprägt wurde.

Rentenbank — Agrarbank. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben die am Dienstag im Reichsernährungsministerium geführten Verhandlungen über die Organisation der neuen Agrarbank keinen wesentlichen Fortschritt gebracht. Das Reichsernährungsministerium hat seinen Gesetzentwurf nunmehr fertiggestellt. Am Donnerstag wird der Verwaltungsrat der Rentenbank wieder zusammentreten, um sich mit der Frage der Agrarbank zu beschäftigen.

Die schweizerisch-deutschen Handelsvertrags-Verhandlungen. Wie die Berliner „Zeit“ erfährt, sind die Nachrichten über eine Vorbereitung zu einem neuen schweizerisch-deutschen Handelsvertrag als verfrüht zu bezeichnen. Es sind für Ende September oder Anfang Oktober Besprechungen zwischen den zuständigen deutschen und schweizerischen Stellen in Aussicht genommen, die zu einem Abbau der gegenwärtig bestehenden Einfuhrbeschränkungen führen sollen. Von einem Handelsvertrag kann jedoch vorläufig keine Rede sein, da die Schweiz ihren neuen Zolltarif vorbereitet, der allen zukünftigen Handelsvertragsverhandlungen als Grundlage dienen soll, dessen Fertigstellung aber nicht vor Mitte nächsten Jahres zu erwarten ist.

Eine deutsch-französische Kali-Bereinbarung. Zwischen dem deutschen Kalisyndikat und der Societe Commerciale de Potasse d'Alsace, welche den Absatz der elsässischen Kaligruben regelt, ist eine Vereinbarung über den Absatz und die gemeinschaftliche Propaganda für die Vereinigten Staaten getroffen worden.

Die Stillelegungen im Ruhrgebiet. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Dortmund wird die Gelsenkirchener Bergwerk A. G. heute auch die Zeche Franziska in Witten stilllegen. Das Blatt stellt fest, daß sich die Gesamtheit der beschäftigten Ruhrarbeiter in zwei Monaten um rund 100 000 Mann verringert habe. In der Eisenindustrie des Westens seien in der letzten Zeit Anzeichen einer leichten Besserung der Geschäftslage aufzutreten.

Karlsruher Börse. Der in der gestrigen Börsennotierung angegebene Kristallzuckerpreis muß auf 0,84 RM, anstatt auf 0,81 RM, per Kilo lauten.

Weinzentrale N.-G. Stuttgart. Die am 6. August im Stadtgartenstraße stattgefundenen erste ordentliche Generalversammlung war von nahezu 200 Aktionären, welche 20 209 000 Stammaktien zu vertreten hatten, besucht. Dem Vorstand und Aufsichtsrat standen 3000 Vorzugs- oder Schutzaktien mit 20fachen Stimmrecht zur Verfügung. Der Gang der Verhandlungen wurde durch endlose und zwecklose Neben einer kleinen Oppositionsgruppe verzögert, die der Vorstand beantwortete. Die vom Vorstand vorgelegte Papiermarkbilanz und auch die neu aufgestellte Goldmarkbilanz wurden schließlich mit überwältigender Stimmenmehrheit genehmigt. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: Dr. Georg Hengstberger-Wöblingen, Karl Dursch und Fritz Born-Ilm, Wilh. Seiner, Treßcher-Freiburg, Rudolf Würth und Oskar Frankenhof-Mannheim und Gottlob Sämann-Stuttgart. Nach der neuen Goldmarkbilanz veränderten sich gegenüber dem früheren Vorschlag des Aufsichtsrates die Punkte: Eigenkapital auf RM. 848 400.— (1 064 400.—), Kapital RM. 1 149 000.— (1 200 000.—), Rücklage RM. 4908.— (189 908.—). Das Kapital wird demnach auf RM. 1 149 000.— umgestellt, eingeteilt in 47 000 Stammaktien à RM. 20.—, 1000 Stammaktien à RM. 100.—, 500 Stammaktien à RM. 200.— und 3000 zwanzig-

stimmige Vorzugsaktien à RM. 3.—. Weiter wurde eine Kapitalerhöhung bis zu RM. 300 000.— beschlossen. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zum Nennwert, die näheren Bedingungen stellt der Aufsichtsrat und Vorstand fest.

Verschiedenes

Lärm durch Kraftwagenhupen

Vom Polizeipräsidenten Stuttgart wird mitgeteilt: In Stuttgart sind etwa 3000 Kraftfahrzeuge in Lauf, in Berlin 25 000, in Paris 230 000, in Newyork etwa eine Million. Und doch hört man in Newyork die Hupen seltener als in Deutschland. Würde dort ebenfalls gehupet wie hier, so müßte das zwischen den 26 Stockwerk hohen Häusern wie das Brüllen von 1000 Ungeheuern wirken. Tausende von Hupensignale könnten täglich vermieden werden, wenn der Fußgänger nicht ohne Grund die Fehrbahn betreten würde. In Stuttgart wird aber auch sinnlos viel gehupet. An Kreuzungen und bei Kurven sind 6—8 Hupensignale keine Seltenheit und jedes Signale ist ein Angriff auf die Nerven der Mitmenschen. Sehr viele Signale könnten durch langsameres Fahren vermieden werden. Besonders bei Nacht sollten die Fahrer mit einem verschwindend kleinen Bruchteil der bisherigen Signalauskommen. Das Polizeipräsidenten erwägt den Gedanken, nachts das Hupensignal durch ein höheres aufleuchtendes vielleicht farbiges Licht zu ersetzen. Aber die Reichsgesetzgebung hat das Hupensignal vorgeschrieben und das Scheinwerferlicht verboten, also wird zunächst nichts zu machen sein. Wohl aber wäre es an der Zeit, für den Stadtverkehr, statt dem Vielerlei der Signale ein einziges, besonders tiefes und ruhig wirkendes Signal vorzuschreiben. — Diese baherzigen Ausfahrungen dürften auch für andere Städte als Stuttgart zutreffen.

Das Wöllersdorfer Panama

Der mit der Wöllersdorfer Angelegenheit befaßte Untersuchungsrichter hat nunmehr, wie aus Wien gemeldet wird, das Studium der Akten beendet und gemäß dem Antrage der Staatsanwaltschaft die Einleitung einer Voruntersuchung wegen Verdachtes des Betruges, allenfalls der Veruntreuung, beschlossen. Hauptbeteiligter ist dabei der bekannte Leiter der Metallumattengesellschaft in Berlin Leon Elmar, gegen den bereits von der Wiener Polizei ein Haftbefehl erlassen wurde. Auch gegen seinen Bruder Heinrich Elmar ist nun von der Staatsanwaltschaft Baden ein Haftbefehl erlassen. Es scheint gegen ihn die Voruntersuchung wegen Beihilfe zum betrügerischen Bankrott der Firma H. Romong in Schirgiswalde in Sachsen. Beide haben sich bisher der Festnahme zu entziehen gewußt.

Bücheranzeigen

Richard Kola: Puppentragedie. (Nikola-Verlag, Wien).

Wir finden in diesem Buche eine bunte Kette von Lichtblenden aus dem Alltagsleben. Wie Kola das Leben sieht, wie er jedem auch dem unscheinbarsten Ereignis eine interessante und wesentliche Bedeutung abzugewinnen weiß, das zeigt die Lektüre dieses anspruchslosen, aber anziehenden und unterhaltenden Buches.

H. D. Wisse: Gottes Mühlen. Roman. (Verlag Dr. Epsler u. Co. A. G. in Berlin S.W. 68.) — Nach langer Zeit ein neues Buch vom Verfasser jenes bekannten Militäromans, der vor Jahren so ungeheures Aufsehen erregte. Und abermals ein Buch der „Erfüllungen“ — diesmal freilich ganz anderer Art. In die ersten Pariser Gesellschaftskreise führt die Handlung, zeigt einmal im Lichte rückwärtsloser, vernichtender Kritik die weltberühmte „Kultur“ der „Großen Nation“, die durch die immer zunehmende Durchsetzung mit dem Blut ihrer „neuen Brüder“, jener afrikanischen Regenthorde, auch als Rasse gerichtet ist.

Gertrud Lent: Der Lebensquell. Roman. (Verlag Ernst Reils Nachf. (August Scherl), G. m. b. H., Leipzig.) — Eine echte Lebenskennerin hat hier ein Werk geschaffen, das mit dem tiefen Verständnis für menschliche Schwächen und dem lebendigen Einfühlen in das Gefühlleben der Menschen in den dunklen Tagen deutscher Not wie ein starkes Zeitdokument wirkt.

Hans Richter: Der Hüttenkönig. Roman. (Verlag Ernst Reils Nachf. (August Scherl), G. m. b. H., Leipzig.) — Getragen von tiefem Lebensverständnis und stützendem Gehalt, verbindet sich in diesem padenden Zeitroman, harter Blick, starker Wirklichkeitsinn und jugendlichem Idealismus und tapferer Begeisterung. Um das Werden und Wachsen dieses Hüttenkönigs schiebt sich ein bunter Kranz von Menschen und Personen, von Arbeitern und Industriellen, Ingenieuren und Studenten, Männern des praktischen Lebens, Frauen verschiedenster Art. — schlingt sich ein vielfarbiges, bewegtes Bild unserer Gegenwart.

E. Weisenborn-Danker: Der Schrei nach Leben. Roman. (Verlag Es werde Licht G. m. b. H., Berlin S.W. 68.) — Scheint das Thema dieses Romans an sich auch düster und der Nachteil des Lebens zugewandt, so werden diese Schattens doch verklärt durch das Licht, das der liebevollen Gestaltung des Stoffes entströmt, durch die Kunst feinsther Darstellung, durch die Werkkraft der Sprache, die in einem gläubigen und warmherzigen Wefensinnis zur allbezüglichen Menschenliebe HoffnungsvoU ausstrahlt.

Otfried von Hanstein: Der blutrote Strom. Roman aus der Zeit eines Titanen. (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.) — Der „Titan“, den der Untertitel meint, ist Dschingis Khan, der gewaltige Mongolenherrscher, der sich in ein paar Jahrzehnten ein Reich eroberte, das sich vom Schwarzen bis zum Chinesischen Meer ausdehnte. Die Gestalt dieses „Uebermenschen“ in ihrer elementaren Willensstärke und ihrer brutalen Grausamkeit bildet den geistigen Mittelpunkt des Gemäldes aus der Geschichte Zentralasiens, das Hanstein vor uns entrollt.

Staatsanzeiger

Nr. D 8683. Die Gewerbelehrausprüfung Sommer 1924. Auf Grund der in der Zeit vom 21. bis 29. Juli 1924 abgehaltenen Gewerbelehrausprüfung sind die nachgenannten Kandidaten für bestanden erklärt worden:

Altenstein, Gotthilf von (Bretbg.), Blind, Werner von Nürtingen (Bretbg.), Brückner, Gustav von Bismarck, Kurt, Hugo von Steinsfurt, Kreis, Karl von Dohr, Faber, Julius von Waldhausen, O. M. Vereschin (Bretbg.), Kengelbach, Ludwig, von Köhlingen, Krusch, Friedrich von Mannheim, Richter, Leopold von Großhausen a. Main, Schmidt, Richard von Karlsruhe, Semmler, Otto von Durlach, Sieber, Friedrich von Karlsruhe, Steinbach, August von Karlsruhe, Thom, Hermann von Offenburg.

Karlsruhe, den 4. August 1924.

Der Minister des Kultus und Unterrichts

J. B. Schmidt

Die Bezirkseinteilung der Wasser- und Straßenbauverwaltung.

Gemäß § 3 der Verordnung des Staatsministeriums vom 1. März 1924 über die Bezirkseinteilung der Wasser- und Straßenbauverwaltung (G. M. B. S. 41) ordne ich unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 29. März 1924 (Karlsruher Zeitung Nr. 78 vom 1. April 1924) an, daß die Einteilung des Amtsbezirks Kehl an das Wasser- und Straßenbauamt Achern mit dem 1. September 1924 in Vollzug gesetzt wird.

Karlsruhe, den 13. August 1924.

Der Badische Arbeitsminister

Englar.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Verfetzt: Verwaltungsobersekretär Alfred Ehret beim Bezirksamt Offenburg zu jenem in Neustadt, Verwaltungsobersekretär Ernst Litterst beim Bezirksamt Neustadt zu jenem in Offenburg.

Entlassen auf Ansuchen:

Polizeiwachmeister Josef Keller in Mannheim, Polizeiwachmeister August Hofmann in Mannheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Der planmäßige Amtsgehilfe Heinrich Lust an der Kunstgewerbeschule Pforzheim zum Hausmeister, der planmäßige Amtsgehilfe Heinrich Kiesel beim Landesmuseum Karlsruhe zum Aufseher, der außerplanmäßige Amtsgehilfe Rudolf Ehret am Staatstechnikum in Karlsruhe zum planmäßigen Amtsgehilfen, der außerplanmäßige Gärtner Wilhelm Reilmann an der Kunstgewerbeschule Pforzheim zum planmäßigen Gärtner, die Kanztelgehilfin Bertha Maier beim Landestheater hier zur planmäßigen Kanztelgehilfen.

In gleicher Eigenschaft verfetzt:

Gewerbelehrer Karl Nitolaus an der Gewerbeschule in Offenburg an jene in Ludinow, Gewerbelehrer Berthold Schmidt an der Gewerbeschule in Ludinow an jene in Offenburg.

Justizministerium

Ernannt:

zu Finanzassistenten: die Bürogehilfen Elise Stumpf, Auguste Keller bei der Staatsschuldenverwaltung und Friedel Hecht bei der Landeshauptkasse.

Buchdruckerei und Verlag

G. m. b. H. **G. Braun** 6. H.
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruherstraße 14
Karlsruhe

Modern eingerichtete
leistungsfähige Buchdruckerei

Herstellung von
Werken, Zeitschriften
und Druckfachen
jeder Art

Schnelle und sorgfältige Ausführung

Herrenstoffe
Herrentuchhaus
Herrenstraße 22

Detektiv
Argus
Mannheim
O. G. 6.
Planken 24/47
Fernspr. 3505
R. Maier & Co., G. m. b. H.

Straßensperr.

Auf nachstehenden Straßenstrecken des Amtsbezirks Karlsruhe wird der Verkehr mit Fuhrwerken aller Art zwecks Bormahme von Neueindeckungen während der beigefügten Zeiten gesperrt:

1. Kreisweg Nr. 2, Wankeloch—Friedrichstal, Gemarkung Hardtwald, vom Weg nach Stutensee bis zum Spenglersack in der Zeit vom 16.—22. August.
2. Derselbe, Gemarkung Friedrichstal, zwischen dem Spenglersack und Friedrichstal vom 22. August bis 1. September.
3. Kreisweg Nr. 12, Wankeloch—Spöck, im Ort Friedrichstal vom 1.—8. September.
4. Landstraße Nr. 2, Mannheim—Kehl, von Km. 52,200 bis 55,100, d. i. in und bei Wankeloch vom 8. September bis 2. Oktober.

Keine Verschiebungen in der Zeit der Eindeckung können erforderlich werden. Zutreffendenfalls nimmt die Straßensperr ihren Anfang mit dem Tag des tatsächlichen Arbeitsbeginns und endet am Tage der Fertigstellung der betr. Straßentrecke.

Zu widerhandlungen werden gemäß § 366^a A. Str. G. B. mit Geld oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 14. August 1924.

Bezirksamt II.

Wer liefert täglich
10 Zentner Pflaumen
Embollage täglich franco
zurück. Offerten mit ungefährem Preis an **Wöhrling, Altona** (Elbe) Erzbürgerstraße 17. D. 507

Wer kauft täglich einige Zentner frische **Brombeeren**
zu billigen Preisen? Befürzant zu erfragen in der Expedition der **Karlsruher Zeitung**. D. 508

Der Überlinger See

Im Auftrage des Landesvereins Badische Heimat
herausgegeben von
Hermann Eris Busse, Freiburg i. Br.

Mit vielen, zum Teil ganzseitigen Bildbeigaben und Zeichnungen.
Preis geheftet Mf. 6.— Gebunden Mf. 7.50



Verlag **G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe**
Karlsruherstraße 14

Druck G. Braun, Karlsruhe.